

Postulat der ALG-Fraktion: Massnahmen gegen Leerkündigungen zum Schutz von bezahlbarem Wohnraum im Kanton Zug

Der Regierungsrat wird eingeladen:

1. Eine kantonale Meldepflicht für Leerkündigungen zu schaffen.
2. Ein kantonales Unterstützungssystem für betroffene Mieterinnen und Mieter einzurichten, das aktive Beratung zu ihren Rechten und Hilfe bei der Wohnungssuche umfasst.
3. Die Meldepflicht so auszugestalten, dass sie als Instrument zur Beobachtung des Wohnungsmarktes dient und eine präventive Wirkung gegen missbräuchliche Kündigungen entfaltet.
4. Die Schaffung von kantonalen Anreizen für sozialverträgliche Sanierungen zu prüfen, um Leerkündigungen zu vermeiden.

Begründung

Im Kanton Zug geht unter Mieterinnen und Mietern zunehmend die Angst um, aus der eigenen Wohnung und dem vertrauten sozialen Umfeld verdrängt zu werden. Immer häufiger kommt es zu Leerkündigungen, bei denen langjährige Mietverhältnisse aufgelöst werden – oft mit dem Ziel, nach einer Sanierung höhere Renditen zu erzielen. Der kürzlich nur durch engagiertes Eingreifen verhinderte Fall einer Leerkündigung im Hertiquartier unterstreicht die Dringlichkeit des Problems.

Angesichts des notorisch tiefen Leerwohnungsbestands und der hohen Mietpreise im Kanton Zug ist es für Betroffene nahezu unmöglich, eine bezahlbare Alternative in ihrer Gemeinde zu finden. Diese Entwicklung treibt die Verdrängung des Mittelstandes sowie einkommensschwächerer Haushalte voran, gefährdet die soziale Durchmischung unserer Gemeinden und vernichtet Stück für Stück dringend benötigten, bezahlbaren Wohnraum.

Der Kanton muss dieser Entwicklung entgegenreten. Eine kantonale Meldepflicht für Leerkündigungen ist ein wirksamer und niederschwelliger erster Schritt. Sie schafft die nötige Transparenz über das Ausmass der Problematik und ermöglicht es, den Wohnungsmarkt und seine Entwicklungen präzise zu erfassen. Andere Kantone wie Zürich und Basel-Stadt nutzen solche Instrumente bereits erfolgreich. Eine Meldepflicht stellt zudem eine administrative Hürde dar, die eine präventive Wirkung gegen rein profitorientierte Leerkündigungen entfaltet.

Darüber hinaus ist eine kantonale Unterstützungsstelle für betroffene Mieterinnen und Mieter unerlässlich. Eine Leerkündigung versetzt die Betroffenen in eine rechtlich komplexe und emotional sehr belastende Situation, in der sie professionell agierenden Verwaltungen oft allein gegenüberstehen. Viele kennen ihre Rechte nicht. Eine niederschwellige, kantonale Anlaufstelle stärkt die Position der Mieterschaft, indem sie proaktiv über Rechte informiert, bei der Wohnungssuche hilft und eine erste Anlaufstelle für rechtliche Fragen bietet. So wird sichergestellt, dass Betroffene in dieser schwierigen Lage nicht allein gelassen werden.

Für die Fraktion: **Luzian Franzini,**